



Informationsblatt der  
Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen  
Gruppe Mainz-Wiesbaden in Zusammenarbeit mit DFG-VK Hessen

## Der Krieg muss so schnell wie möglich beendet werden

Kyryll Moltschanow / Кирилл Молчанов, Ukrainische Pazifistische Bewegung / Український Рух Пацифістів

### Aus dem Inhalt

- Der Krieg muss so schnell wie möglich beendet werden
- Nein zum russischen Angriffskrieg!
- Schutz und Asyl für Deserteure und Verweigerer!
- Reaktivierung des Zwangs zum Kriegsdienst?
- Zerwürfnisse in der Friedensbewegung
- Ruslan Kozaba frei
- Manipulation und Repression: Russisch-Orthodoxe Kirche
- Die Rolle der Medien im Ukraine-Krieg

Leider gibt es in der Ukraine derzeit keine organisierte Antikriegsbewegung. Denn entgegen dem in der westlichen Welt verbreiteten Eindruck unterdrückt die ukrainische Regierung die freie Meinungsäußerung und schränkt öffentliche Aktivitäten ein.

Anti-Kriegs-Aktivisten werden wegen ihrer abweichenden Ansichten ständig Opfer von Repressionen. Aus diesem Grund müssen die Hauptaktivitäten der ukrainischen Antikriegsbewegung jenseits der ukrainischen Grenzen stattfinden.

Aber ein bedeutender Teil der ukrainischen Gesellschaft will den Krieg so bald wie möglich beenden. Das bedeutet nicht, dass diese Menschen die russische Aggression irgendwie rechtfertigen oder den von Russland besetzten Teil des ukrainischen Territoriums aufgeben wollen.

Nein, die Ukrainer, die gegen den Krieg sind, haben verstanden, dass die Verlängerung des Krieges der ukrainischen Wirtschaft, dem kulturellen Erbe und dem politischen System des Landes irreversiblen Schaden zufügen wird. Die militärischen Feindseligkeiten sollten eingestellt und der Waffenstillstand dazu genutzt werden, die demokratischen Institutionen und die normale Wirtschaftstätigkeit in der Ukraine wiederherzustellen. In der Zwischenzeit sollte der politische und wirtschaftliche Druck auf Russland aufrechterhalten werden, solange die russische Aggression nicht mit friedlichen Mitteln überwunden ist.

Das kann natürlich Jahre dauern. Aber es wird der ukrainischen Gesellschaft eine Chance für Demokratie und soziale Entwicklung geben, die verloren gehen kann, wenn der Krieg andauert.

Die ukrainische Regierung versucht, einen militärischen Sieg zu erringen, weil dadurch

gewährleistet wäre, dass der amtierende Präsident noch sehr lange nach Kriegsende an der Macht bleibt. Die Ukraine verfügt jedoch nicht über genügend militärische Geräte, um mit einem Sieg rechnen zu können, und sie wird sie auch in naher Zukunft nicht in der erforderlichen Menge erhalten. Deshalb hat sich die

den Sozialstaat und die politische Demokratie zu erhalten. Diese sind bereits vom Zusammenbruch bedroht. Die Ukraine braucht dringend einen Waffenstillstand, um ihre Zerstörung zu verhindern.

Natürlich ist die europäische, insbesondere die deutsche Wirtschaft durch den Krieg schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Es besteht die Gefahr eines Einbruchs der Produktion und einer lang anhaltenden Krise. Aber die ukrainische Wirtschaft wurde zerstört und es wird Jahre dauern, bis sie wieder das



Collage basierend auf einem Motivwagen, Rosenmontagzug 2023, Mainz

ukrainische Regierung entschieden, auch nur die Möglichkeit eines Waffenstillstands abzulehnen, weil die Fortsetzung des Krieges Selenskyj zu einer glänzenden politischen Zukunft verhilft. Währenddessen werden jede Woche Hunderte von Ukrainern getötet. Und die Zivilbevölkerung macht einen großen Teil der Kriegsoffer aus. Nach Angaben der UN wurden im Jahr 2022 mehr als sechstausend Zivilisten getötet, doppelt so viele wie in den sieben vorangegangenen Jahren des Donbass-Konflikts.

Jetzt wird uns sowohl von der russischen als auch von der ukrainischen Regierung gesagt, dass wir uns auf einen langen militärischen Konflikt einstellen müssen, der mehrere Jahre dauern könnte. Und diese Meinung wurde von hochrangigen Vertretern der USA und der NATO bestätigt.

Die Ukraine wird nicht in der Lage sein, die Feindseligkeiten so lange zu ertragen und dabei

Vorkriegsniveau erreicht, das auch nicht ausgereicht hat, um die Grundbedürfnisse der ukrainischen Bürger zu befriedigen.

Es gibt jedoch noch eine gefährlichere Auswirkung des Krieges auf die ukrainische Gesellschaft als die Zerstörung der Wirtschaft. Der Krieg führt zur Militarisierung des wirtschaftlichen und politischen Systems. Und es wird große Anstrengungen erfordern, diesen Effekt zu überwinden, wenn der Krieg einmal vorbei ist. Je später der Krieg endet, desto schwieriger wird es für die ukrainische Gesellschaft, zu einer politischen Kultur und zu sozialen Umgangsweisen zurückzukehren, die auf Respekt vor den Meinungen Andersdenkender beruhen. Eine Kultur der Gewalt hat sich in der ukrainischen Gesellschaft ausgebreitet. Und diese Ausbreitung wird von der Regierung, die auf diese Weise die Forderungen nach einem sofortigen Frieden unterdrücken möchte, immer weiter verstärkt.

Die Ukrainer lieben ihr Land und wollen es in Wohlstand und Unabhängigkeit sehen. Viele von ihnen sind jedoch überzeugt, dass dies mit friedlichen Mitteln erreicht werden kann, sobald ein Waffenstillstand erreicht wird. Internationaler Druck auf Russland und die Berücksichtigung russischer Sicherheitsinteressen könnten sich als wirksamer für die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine erweisen als lang anhaltende heftige Kämpfe.

Laut einer aktuellen Umfrage beteiligen sich 80% der ukrainischen Bürger am Widerstand gegen die russische Aggression, aber nur 6% wollen sie mit Waffen bekämpfen. Das bedeutet, dass die ukrainische Gesellschaft größtenteils Frieden will und einen sofortigen Waffenstillstand akzeptieren würde. Die Regierung versucht, dies durch Aufrufe zum Kampf bis zum endgültigen Sieg, durch Unterdrückung und Kriminalisierung der Forderungen nach einem sofortigen Waffenstillstand zu verschleiern.

Demonstrationen gegen die Fortsetzung des Krieges in der Ukraine wurden auf die gleiche Weise wie in Russland auseinandergetrieben. Diejenigen, die davor warnen, dass eine Verlängerung der Feindseligkeiten katastrophale Folgen für die Ukraine hat, werden als Überläufer und Kollaborateure bezeichnet. Deshalb wird ihnen der Zugang zu allen öffentlichen und privaten Massenmedien in der Ukraine verwehrt. Das ukrainische Verteidigungsministerium hat Menschen, die aus religiösen oder ethischen Gründen nicht am militärischen Konflikt teil-

nehmen wollen, die Ableistung eines alternativen Zivildiensts verboten.

Die Verweigerung der Teilnahme an militärischen Aktivitäten wird nun mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft. Mindestens viermal wurden Personen verurteilt, die sich dem Militärdienst aufgrund ihrer Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen entziehen wollten. Etwa 8000 Verweigerer, die versucht haben, die Ukraine zu verlassen und in den Nachbarländern politisches Asyl zu erhalten, wurden von den Grenzbeamten aufgehalten.

Diejenigen, die einen sofortigen Waffenstillstand befürworten, haben nicht die Möglichkeit, ihre Meinung innerhalb der Ukraine zu äußern. Wir können nicht offen erklären, dass ein militärischer Sieg unerreichbar ist und ein dauerhafter Frieden nur mit Hilfe diplomatischer Bemühungen erreicht werden kann. Kein gängiges Massenmedium wird das Risiko eingehen, offiziell verdamnte Ansichten zu verbreiten. Und wenn es jemandem dennoch gelingt, Antikriegsargumente öffentlich zu machen, muss er mit Einschüchterungen durch Kriegsbefürworter und sogar mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen.

Leider können wir jetzt nur noch jenseits der ukrainischen Grenzen für einen sofortigen Waffenstillstand kämpfen. Ohne die Unterstützung und Hilfe unserer europäischen Kollegen und Partner können wir die ukrainische Regierung nicht dazu bringen, einem Waffenstillstand zuzustimmen. Wir müssen unsere Anstrengungen vereinen, um die Werte des Friedens und der Zusammenarbeit zu fördern und die Kultur der

Gewalt aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein zu verdrängen.

Wir müssen pragmatisch sein und dürfen nicht zulassen, dass Hass- und Rachegefühle die politische Strategie beeinflussen und friedliche Verhandlungen verhindern. Wir sollten anstreben, den Frieden und nicht den Krieg zu gewinnen. In diesem Fall wird uns der Sieg die Chance auf eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in Europa und eine funktionierende politische Demokratie in der Ukraine bringen. Ein militärischer Erfolg, selbst wenn er erzielt werden könnte, wird nicht die wirtschaftliche Katastrophe und die Entstehung eines autoritären Regimes in Kiew verhindern. Frieden kann der Ukraine und Europa viel mehr bringen als Krieg, und wir müssen die europäische öffentliche Meinung und einflussreiche politische Gruppen davon überzeugen.

Und wir sollten versuchen, denjenigen zu helfen, deren Leben durch die Feindseligkeiten und die auf die Rechtfertigung und Verschärfung des Konflikts ausgerichtete Regierungspolitik beschädigt wurde: Kriegsopfer, Traumatisierte, Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus und der Ukraine. Wir sollten diejenigen, die versuchen, den Krieg zu beenden, nicht nach ihrer Nationalität unterscheiden. Jeder, der die Idee eines sofortigen Waffenstillstands unterstützt, muss als Verbündeter betrachtet werden.

Der Frieden hat eine Chance zu gewinnen. Und wir müssen gemeinsam für den Frieden kämpfen.

## **Nein zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine!**

### **Nein zum russischen Imperialismus!**

*Rede von Dr. Gernot Lennert, Landesgeschäftsführer DFG-VK Rheinland-Pfalz, bei der Kundgebung am 25. Februar 2023 in Mainz im Rahmen des bundesweiten Aktionswochenendes Stopp das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!*

Zehntausende Menschen sind im Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine bereits ermordet worden. Überall in der Ukraine bringen russische Raketen Tod und Zerstörung. In den russisch besetzten Gebieten werden Menschen misshandelt, gefoltert, unterdrückt und massakriert. Russland droht immer wieder mit Atomwaffen.

Die Vorwände, mit denen Russland diesen Angriffskrieg zu begründen versucht, sind absurd und verlogen. Russland gibt vor, die Ukraine entnazifizieren zu wollen. Ukrainische Faschisten gibt es durchaus, sie verfügen sogar über eigene militärische Einheiten. Sie sind durchaus eine Gefahr, vor allem für Andersdenkende in der Ukraine. Ein uns persönlich bekannter Pazifist ist schon zweimal von Faschisten angegriffen und verletzt worden.

Doch es ist absurd und lächerlich, wenn ausgerechnet Putin die Ukraine des Neonazismus bezichtigt. Auf der russischen Seite der Front kämpften im Donbas schon seit 2014 faschistische und rechtsextreme Verbände. Russland unterstützt global faschistische Gruppen und rechte Parteien wie AfD und Rassemblement National. Putin ist weltweit eine Identifikationsfigur für weißen Rassismus und christlichen Nationalismus. Putin bekennt sich zur extrem nationalistischen Russisch-Orthodoxen Kirche und zum russischen Imperialismus und Nationalismus und orientiert sich an russischen faschistischen Ideologen der Vergangenheit und Gegenwart, darunter Dugin, der ein eurasisches Großreich unter russischer Führung propagiert: ein kollektivistisches, völkisches, religiöses, sozialreaktionäres kontinentales Landreich gegen Liberalismus, Aufklärung, individuelle Freiheiten, Menschenrechte und die vermeintliche moralische Dekadenz der westlichen Seemächte. Kein Wunder, dass sich deutsche Faschisten für den russischen Faschismus begeistern. Höcke schwärmt von Russlands Krieg gegen das von

ihm so genannte „Regenbogen-Imperium“. Russland-Fahnen werden bei rechten Demonstrationen in Deutschland geschwenkt. Es rotet sich zusammen, was ideologisch zusammengehört. Der Wahnsinn wird immer bizarrer: Putin und sein tschetschenischer Schlächter Kadyrow fasseln sogar von der Entsatianisierung der Ukraine. Patriarch Kirill bezeichnet Putin als „Chefexorzisten.“

Putin verneint das Existenzrecht der Ukraine und ihrer Kultur und beschwört die „dreieinige russische Nation“ von Russland, Weißrussland und der Ukraine. Er ließ sich schon 2014 bei der Annexion der Krim als „Sammler russischer Erde“ feiern wie die expansionistischen Zaren im 15. Jahrhundert. Das widerspricht brutal dem Völkerrecht und dem Selbstbestimmungsrecht der Menschen in der Ukraine, die sich Russland nicht unterwerfen wollen und von denen sich viele von Russland und seiner Kultur und Sprache abwenden.

Es wird beklagt, Russland würde von der NATO bedrängt und eingekreist. In der Tat haben westliche Staaten erheblich zur Ver-

schlechterung der Ost-West-Beziehungen beigetragen. Sie führten unter Missachtung der Vereinten Nationen und Russlands eigenmächtig völkerrechtswidrige Angriffskriege. In Polen und Rumänien wurden US-Raketen stationiert. Das Rüstungskontrollsystem, das die Risiken des Ost-West-Konflikts verringerte, wurde leichtfertig beseitigt und fehlt heute. Unmittelbar vor dem russischen Angriff 2022 forderte Putin erneut eine verbindliche Zusage, dass die Ukraine nicht in die NATO aufgenommen würde. Die NATO verweigerte dies, weil die Aufnahme auf absehbare Zeit sowieso nicht vorgesehen sei, beharrte aber prinzipienreiterisch darauf, dass die Tür zur NATO offen stünde. Was hätte es gekostet, vertraglich zuzusagen, die Ukraine für einen bestimmten Zeitraum nicht in die NATO aufzunehmen? Hätte Russland nach Erfüllung dieser konkreten, nachvollziehbaren und leicht erfüllbaren Forderung trotzdem angegriffen? Die NATO-Staaten hätten wenigstens versuchen müssen, den Krieg zu verhindern.

**Wichtig ist: Nichts, was seitens des Westens oder der Ukraine geschehen ist, rechtfertigt auch nur im Geringsten den verbrecherischen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg von Russland und Belarus gegen die Ukraine.**

Man sollte sich im Putin-Lager fragen, warum so viele Staaten in die NATO streben. Warum ist die „russische Welt“ denn so unattraktiv, dass alle Nachbarn Russlands, die es sich geopolitisch leisten können, nach Distanz von Russland streben? Liegt es an der Erfahrung mit russischer und sowjetischer Fremdherrschaft? An den sowjetischen Angriffen auf Polen, Rumänien, Finnland und die baltischen Staaten 1939? An Massendepортationen in Straflager? An der von Stalin organisierten

Hungersnot in der Ukraine und Kasachstan? Daran, dass Russland 2014 die Krim annektiert hat und jetzt einen brutalen Eroberungskrieg führt? Liegt es an der Tendenz zu Despotie und Diktatur? Was hat mehr zur NATO-Osterweiterung beigetragen als die Furcht vor dem russischen Imperialismus und Expansionismus?

Die Klage über die Einkreisung Russlands durch die NATO erweist sich beim Blick auf die Landkarte als absurd: Die Grenze zwischen NATO und Russland vom Schwarzen Meer in die Arktis ist eine Linie, noch nicht einmal ein Halbkreis.

Wo hören Russlands legitime Sicherheitsinteressen auf und wo fangen imperiale Interessen an? Hat ein Staat ein Recht auf eine Einflusszone? Völkerrechtlich und für uns ist klar: Nein! Andere ehemalige Groß- und Kolonialmächte haben sich mit dem Verlust ihrer Imperien abfinden müssen. Warum sollte Russland das nicht auch tun?

Wir können uns glaubwürdig gegen Einflusszonen aussprechen, schließlich lehnen wir alle Kriege und jeglichen Imperialismus ab. Unglaublich ist, wenn Staaten, die selbst Interessenssphären beanspruchen, sich scheinheilig über Russland empören. Wer selbst imperial agiert, muss doch wissen, wie das Gegenüber denkt und wie gefährlich es ist, Interessen anderer zu missachten.

Man könne mit dem notorischen Lügner und

Massenmörder Putin nicht verhandeln, heißt es. Mit wem denn sonst? Als ob man mit anderen Lügner und Massenmördern nicht auch reden und sogar kooperieren würde. Über Getreideexporte und Gefangenen-

austausch wurde erfolgreich verhandelt. Wenn Russland nicht von sich aus seine Truppen abzieht und den Krieg beendet, sind Waffenstillstand und Verhandlungen unumgänglich. Je früher, desto mehr Menschenleben werden gerettet.

Beide Kriegsparteien setzen auf einen militärischen Sieg. Man spricht von Abnutzungskrieg.

Abgenutzt werden dabei Menschen, Tag für Tag. Jeder Kriegstag erhöht die Gefahr der Ausweitung und Eskalation des Krieges.

Staaten und internationale Organisationen müssen Diplomatie nutzen, um den Krieg schnellstmöglich zu beenden. Unabhängig davon muss die Kriegsmaschinerie behindert und gestoppt werden: durch Verweigerung und durch Widerstand von unten.

**Wir fordern:**

- Stoppt den Krieg!
- Sofortiger Waffenstillstand, damit der Massenmord so schnell wie möglich aufhört und so viele Menschenleben wie möglich gerettet werden können!
- Aufnahme von Friedensverhandlungen!
- Russische Truppen raus aus der Ukraine!



## Russland, Belarus, Ukraine: Verweigerung, Desertion, Flucht

**Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweiger:innen und Deserteur:innen aus Russland, Belarus und der Ukraine**

*Aktionswochen vom 8. Mai bis zum 21. Mai 2023 zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung*

**Kriegsdienstverweigerung ist Menschenrecht!**

Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, der zu hunderttausenden Toten und Verletzten sowie Millionen Geflüchteten geführt hat. Besonders betroffen sind die, die von ihren Regierungen an die Front geschickt werden.

Viele Menschen aus Russland und der Ukraine, aber auch Belarus, denen der Dienst an der Waffe droht, versuchen sich zu entzie-

hen: Sie wollen keine anderen Menschen töten und auch nicht in diesem Krieg sterben. Soldat:innen an der Front wollen angesichts des Grauens die Waffe niederlegen. Ihnen allen drohen dafür von ihren Regierungen Repression und Gefängnisstrafen, in Belarus sogar bis hin zur Todesstrafe.

- Wir fordern von den Regierungen Russlands, Belaruss und der Ukraine: Stellen Sie die Verfolgung von Kriegsdienstverweiger:innen und Deserteur:innen umgehend ein!
- Wir fordern von der EU und der Bundesregierung: Öffnen Sie die Grenzen! Schützen Sie Kriegsdienstverweiger:innen und Deserteur:innen aus Russland, Belarus und der Ukraine und geben Sie ihnen Asyl.

Dafür organisieren wir rund um den Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung am 15. Mai Kundgebungen und Demonstrationen.

Bei Redaktionsschluss stand schon fest: Bei einer Kundgebung in Berlin am 15. Mai um 11 Uhr werden der Europäischen Kommission (Unter den Linden 78) mehr als 33000 Unterschriften übergeben mit dem Appell, Deserteur:innen und Verweiger:innen aus Belarus und Russland Schutz und Asyl zu gewähren und die Grenzen für sie zu öffnen sowie die ukrainische Regierung aufzufordern, die Verfolgung von Kriegsdienstverweiger:innen einzustellen und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu garantieren. Bis dahin kann noch unterschrieben werden, auch online: [you.wemove.eu/campaigns/russland-belarus-ukraine-schutz-und-asyl-fur-deserteure-und-verweigerer](https://you.wemove.eu/campaigns/russland-belarus-ukraine-schutz-und-asyl-fur-deserteure-und-verweigerer)

**Mehr zu weiteren Aktionen in den Aktionswochen:**

- [www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/kdv-aktionswochen](http://www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/kdv-aktionswochen)
- [de.connection-ev.org/ObjectWarCampaign](https://de.connection-ev.org/ObjectWarCampaign)

## Reaktivierung des Zwangs zum Kriegsdienst?

In den 1990ern begannen Staaten in Europa die sogenannte Wehrpflicht<sup>1</sup> abzuschaffen oder auszusetzen, bis die Zwangsrekrutierung 2011 auch in Deutschland ausgesetzt wurde. Männer sind gemäß dem nach wie vor gültigen Wehrpflichtgesetz zum Kriegsdienst verpflichtet, aber niemand wird zurzeit zwangsweise gemustert oder zu Bundeswehr oder Zivildienst einberufen. Der Bundestag kann die Zwangsrekrutierung reaktivieren, und sie tritt im Spannungs- und Verteidigungsfall automatisch wieder in Kraft.

Seit 2014 hat Norwegen die Zwangsrekrutierung auf Frauen ausgedehnt, und die Ukraine, Litauen, Georgien und Schweden reaktivierten die Kriegsdienstpflicht. In Frankreich startete 2019 der Service universel national, ein zur Zeit noch freiwilliger zweiwöchiger militärisch geprägter Dienst für Jugendliche ab 16, der zu einem umfangreicheren Zwangsdienst ausgebaut werden soll.

### Kampagne in Deutschland

In Deutschland häufen sich die Rufe nach der Reaktivierung der „Wehrpflicht“ oder für zivile Zwangsdienste. Lange verlangte das außer der AfD kaum jemand, 2018 kamen solche Forderungen vor allem aus der CDU und aus Medien, inzwischen auch aus der SPD und neuerdings vereinzelt aus der LINKEN.

Oft werden keine militärischen Argumente angeführt, sondern vermeintliche Vorteile einer Dienstpflicht wie mehr Zusammenhalt, weniger Egoismus und Bekämpfung des Rechtsextremismus. Militär und Heldentod fürs Vaterland sind nach zwei Weltkriegen nicht mehr populär. Wer also Zwang zum Militärdienst will, tut gut daran, zuerst vermeintlich gesellschaftlich akzeptable zivile Dienstpflichten zu fordern.

### Zwangsarbeitsverbot

Kritisiert an der Zwangsdienstidee wird, dass sie Militarisierung, Freiheitseinschränkung, staatliche Bevormundung und volkswirtschaftlichen Schaden mit sich bringt und militärisch nutzlos sei.

Gern übersehen wird, dass eine Dienstpflicht ohne Bezug zum Militärdienstzwang verfassungs- und völkerrechtswidrig ist. Artikel 12 GG erlaubt Zwangsarbeit nur im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht und bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung. Die Menschenrechtskonventionen von Europarat und UN verbieten Sklaverei und Zwangsarbeit, machen aber eine Ausnahme beim Militärdienst und Militärsatzdienst.

### Was könnte kommen?

Die Bundeswehr wurde in den 1990ern drastisch zur weltweit einsetzbaren professionellen Interventionstruppe verkleinert. Doch schon vor dem Ukraine-Krieg sollte wieder massiv

aufgerüstet werden. Der Bundeswehr fällt es schwer, ihre Rekrutierungsziele zu erreichen. Die Option der Zwangsrekrutierung wurde 2011 bewusst beibehalten, ebenso die nötigen Institutionen.

Bei Wiederaufnahme der Zwangsrekrutierung ist damit zu rechnen, dass wie anderswo in Europa Frauen auch betroffen sein werden, weil die bisherige Diskriminierung von Männern durch den Militärdienstzwang heute als nicht mehr hinnehmbar gilt. Dafür muss das Grundgesetz geändert werden, doch die 100-Milliarden-Sonderschulden für Aufrüstung zeigen, wie blitzschnell das gehen kann. Eine sofortige Rückkehr zur früheren massenhaften Zwangsrekrutierung ist nicht zu erwarten, weil für Hunderttausende Dienstverpflichtete keine Kasernen mehr existieren. In Norwegen und Schweden sind alle dienstpflichtig, aber nur 4% eines Jahrgangs werden einberufen. Ebenso wie der französische SNU wird das schwedische Modell auch für Deutschland in Betracht gezogen, wobei die Einberufungsquote gemäß Kapazität später erhöht werden könnte.

### Was tun?

Seit dem Ukraine-Krieg wächst bei vielen die Angst, in die Bundeswehr oder gar in einen Krieg gezwungen zu werden. Manche empfehlen, vorsorglich einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) zu stellen, entweder um eine antimilitaristische Grundstimmung zu demonstrieren oder um sich gegen Bundeswehrdienst abzusichern. Seit 2011 werden nur Anträge auf Kriegsdienstverweigerung bearbeitet, die von Soldat:innen und Reservist:innen und von Personen kommen, die tauglich gemustert worden sind. Anträge von "Ungedienten" werden zur Kenntnis genommen, aber nicht bearbeitet. Sinnvoll ist ein Antrag für Reservist:innen, um Reserveübungen oder die Einberufung zur Bundeswehr im Spannungsfall zu vermeiden. Ob die KDV der beste Ausweg aus der Bundeswehr ist, hängt vom Einzelfall ab, weil die Bundeswehr bei vorzeitiger Entlassung oft die Rückzahlung von Ausbildungskosten verlangt.

### Gegen die Wiederkehr der Zwangsrekrutierung!

Um zu verhindern, dass jemals wieder Menschen zu Militärdienst und anderen Diensten gezwungen werden, wäre es am besten, dafür zu sorgen, dass die „Wehrpflicht“ nicht nur ausgesetzt bleibt, sondern ganz abgeschafft wird.

Wenn möglichst viele signalisierten, dass sie auf keinen Fall für Krieg und Zwangsdienste zur Verfügung stehen, wäre das eine klare Botschaft.

Ein vorsorglicher Antrag auf KDV würde

dazu nichts beitragen, denn er setzt die Zwangsrekrutierung schon voraus und man würde de facto Gewissensprüfung und Ableitung des Zivildiensts beantragen, der im Kriegsfall ein waffenloser Dienst für den kriegsführenden Staat ist. Was offenbar einige vergessen haben: Ein Antrag auf KDV kann abgelehnt werden! Die Gewissensprüfung ist ein Willkürverfahren. Anerkannt oder abgelehnt wird gemäß den Personalwünschen der Bundeswehr.

Die Folgen eines Antrags, der jetzt gestellt, aber erst in einigen Jahren bearbeitet wird, sind nicht absehbar. In den Nullerjahren schrumpfte die Bundeswehr so, dass sie nur noch wenige einberufen konnte. Aber im Zivildienst war Platz. Um sowohl Bundeswehr als auch Gewissensprüfung und Ersatzdienst zu entgehen, war es damals am besten, keinen Antrag zu stellen, solange die Bundeswehr keine Einberufung ankündigte. Viele leisteten damals Zivildienst, der ihnen höchstwahrscheinlich erspart geblieben wäre, wenn sie nicht unbedacht den Antrag gestellt hätten. Es könnte z.B. eine ähnliche Situation eintreten.

### Widerspruch gegen Kriegsdienst

Jugendlichen bietet sich eine konkrete Gelegenheit, um sich gegen Kriegsdienst auszusprechen. Die Meldebehörden übergeben im Jahr vor Erreichen der Volljährigkeit die Daten aller Jugendlichen, auch der weiblichen, der Bundeswehr. Dieser Datenweitergabe kann widersprochen werden. Jugendliche könnten dabei nicht nur der Datenweitergabe widersprechen, sondern gleichzeitig – am besten gemeinsam und öffentlichkeitswirksam – erklären, dass sie für keinerlei Kriegsdienst zur Verfügung stehen.

Mehr zum Widerspruch gegen die Weitergabe von Daten Jugendlicher an die Bundeswehr:

[www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/widerspruch](http://www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/widerspruch)

Gernot Lennert

<sup>1</sup> Warum *sogenannte* Wehrpflicht? *Wehrpflicht* und *Wehrdienst* und davon abgeleitete Begriffe suggerieren bezüglich des zwischenstaatlichen Verhältnisses, dass das Militär der Verteidigung diene. Allerdings haben sogenannte *Wehrdienstleistende* schon viele Angriffskriege geführt. Das gilt gerade für Deutschland. Im Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Staat ist der Begriff ebenfalls abwegig. *Wehrdienst* leisten gerade diejenigen, denen es nicht gelingt, sich erfolgreich gegen die Rekrutierung zum Militär zu wehren. Deshalb verwende ich diese sachlich unzutreffenden und realitätsverschleiernenden Propagandabegriffe nicht.



## Zerwürfnisse in der Friedensbewegung

Es ist kein angenehmes Thema, aber wir müssen uns ihm stellen: Die Friedensbewegung ist schwach, zerstritten, kaum wahrnehmbar. Viele Menschen, die vor Jahren gemeinsam zu Demonstrationen aufriefen, rufen jetzt zu getrennten Kundgebungen auf. Wie kam es dazu?

### Die 1970er und 1980er Jahre

In den 1980er Jahren war die Friedensbewegung eine starke Bewegung. Hunderttausende demonstrierten an vielen Orten mehrfach für Abrüstung und gegen den NATO-Doppelbeschluss. Auch damals gab es innerhalb der Friedensbewegung verschiedene Sichtweisen, vor allem in der Analyse. Die Frage der Aggressivität der Ostblockstaaten wurde oft ausgeblendet, um einen Minimalkonsens zu erreichen. Wie heute versuchte der Ostblock auch damals, Meinungen innerhalb Deutschlands zu beeinflussen – auch mit Hilfe der Friedensbewegung. Auch die DFG-VK blieb davon nicht verschont. Aber dennoch trat die Friedensbewegung geeint und mit guten Argumenten gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf dem Gebiet der BRD ein. Die Angst vor einem versehentlichen Atomkrieg einte die Friedensbewegung. Die Stationierung von Atomraketen in Deutschland machte in Augen vieler den Atomkrieg wahrscheinlicher. Kommunist:innen, Sozialist:innen, Konservative, Pazifist:innen verschiedener Couleur, Antimilitarist:innen und weitere Gruppen konnten zusammen ohne größere Probleme gegen den atomaren Wahnsinn antreten. Das Gleichgewicht des Schreckens basierte ja auf der Idee der Zweitschlagfähigkeit eines angegriffenen Gegners. Diese potenzielle Lose-Lose-Situation schien niemanden zu nützen. Eine weitere Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenraketen hätte diese Logik gefährdet. Darüber hinaus gab es bei beiden Militärbündnissen noch etliche Versuche, einen Krieg gegen den Gegner durchführbar zu machen. Dieses Schreckensszenario des Weltkrieges trat aber glücklicherweise nicht ein.

### Das Ende des Kalten Krieges

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks spielte die Friedensbewegung keine große Rolle mehr. Es schien nicht notwendig, sich weiter für Frieden in Europa einzusetzen. Die Bundeswehr wurde verkleinert, Kriegsdienstverweigerung (zumindest für diejenigen, die nicht total verweigerten) wurde einfacher. Die Zwangsrekrutierung wurde 2011 ausgesetzt.

Auch nach 1990 gab es noch Kriege. Die Zerfallskriege Jugoslawiens zogen sich über 10 Jahre hin. Eine klare Einordnung und Positionierung fiel hierzulande aber schwer. Diese Kriege schürten keine großen Ängste mehr und damit blieb das Engagement aus.

### Neue politische Schwerpunkte

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wur-

den Krieg und Frieden nicht mehr als problematische Themen wahrgenommen. Wer sich politisch engagierte, widmete sich meist anderen Themen wie Umwelt- und Klimaschutz, Antirassismus, Antifaschismus, Solidarität mit Geflüchteten. Diese beschäftigten sich kaum noch mit den Anliegen der Friedensbewegung.

Für Klima- und Umweltschutzbewegungen spielten Fragen rund um Krieg und Frieden keine wesentliche Rolle. Wenn überhaupt, galten sie eher als Nebenwidersprüche, die von sich aus verschwinden würden, wenn die eigentlichen Ziele erreicht wären. Das verkürzte leider die Analyse der Weltlage: Friedensfragen wurden schlicht nicht mehr bedacht. Dies ist ein Erklärungsansatz, warum so viele Menschen plötzlich Waffenlieferungen in die Ukraine positiv gegenüber standen. Auch das Desaster in Afghanistan einige Monate vor dem russischen Überfall spielte keine Rolle bei vielen Überlegungen. Vermutlich wurde es (wenn überhaupt) von vielen nur am Rande wahrgenommen.

Die Grünen gehörten in den 1980ern zur Friedensbewegung und galten als pazifistisch. Diese Einschätzung relativierte sich in den 1990ern schnell. Die rot-grüne Regierung führte mit dem Kosovo-Krieg sogar einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Immer mehr pazifistische Menschen kehrten den Grünen den Rücken. Vermutlich schwiegen in den 1980ern viele nicht-pazifistische Grüne nur deshalb, weil die Wahrnehmung als Friedenspartei nützlich für sie war.

### Die Friedensbewegung als politische Größe

Jede politische Bewegung fragt sich, wie sie Politik beeinflussen kann. Die meisten erkennen, dass es unterschiedliche Einflussphären gibt, bei denen sie unterschiedliches Gewicht haben. Die Erfolgsaussichten sind z.B. wesentlich größer, wenn es darum geht, dass an einer Kreuzung ein Verkehrsschild aufgestellt wird, als wenn erreicht werden soll, dass die Kohleverstromung in China aufhört. Die Friedensbewegung schaute schon immer kritisch auf Deutschland, die EU und natürlich auch auf die NATO. Dies war ja das Militärbündnis, zu dem Deutschland gehört.

Nun ist es auch bei diesem Angriffskrieg so, dass wir natürlich Russland auffordern, den Krieg zu beenden. Aber wesentlich ist immer, was können wir dafür tun? Für diese – eigentlich selbstverständlichen – Gedankengänge wird die Friedensbewegung heute als russlandfreundlich wahrgenommen.

Zudem führt der Angriffskrieg m. E. bei vielen zu einer Überreaktion: Wir waren doch immer gegen die NATO und haben sie kritisiert, deswegen muss sie doch schuld an diesem Krieg sein. Ebenso trauern vermutlich viele Sozialist:innen und Kommunist:innen, die sich in der Friedensbewegung sehen, den sozialistischen Ostblockstaaten hinterher. Es sollte auch nicht übersehen werden, dass Russland durch Propaganda versucht, die Meinung innerhalb Deutschland zu seinen Gunsten zu beeinflussen – oder zumindest zu verhindern versucht, dass sich die Meinung gegen Russland richtet.

### Wo sind wir heute?

Innerhalb der Friedensbewegung finden sich heute sehr unterschiedliche Ansichten, bis hin zu der Meinung, die NATO sei schuld am russischen Überfall. Oder auch das Gegenteil: Die NATO und die Ukraine wären völlig unschuldig. Viele unterscheiden zwischen den kriegesischen Handlungen der Angegriffenen und des Angreifers. Viele, die sich zur Friedensbewegung zählen, haben keine Einwände, dass die Ukraine Männern zwischen 18 und 60 die Ausreise verweigert und sie zum Töten und Getötetwerden benutzt. Andere verurteilen sämtliche Kriegshandlungen von allen Parteien. Nach den Aussagen von Putin befürchten viele den angekündigten Vernichtungskrieg gegen die Ukraine – analog zur aggressiven Kriegspolitik des Naziregimes. Möglicherweise war aber schon im Dritten Reich das Militär das Problem und nicht die Lösung.

Wo ist die Friedensbewegung? Die Antwort muss leider lauten: „am Boden“. Das gute daran ist, dass es von dort aus nur eine einzige Richtung gibt: nach oben.

Aber Leute, wir müssen reden.

Harald Gewehr

## Atomkriegsgefahr größer denn je

Das Bulletin of the Atomic Scientists zeigt seit 1947 jedes Jahr mit der sogenannten Doomsday Clock, der Weltuntergangsuhr, an, wie hoch führende Atomwissenschaftler:innen die Atomkriegsgefahr einschätzen. Seit Januar 2023 steht die Uhr auf 90 Sekunden vor Mitternacht. Für so gefährlich wurde die Weltlage zuvor noch nie gehalten, selbst nicht in den kritischsten Jahren des Kalten Kriegs. Nachdem vor allem vom Westen in den letzten Jahren Rüstungsbegrenzungsabkommen leichtfertig gekündigt oder nicht weitergeführt wurden, hat Russland Anfang 2023 den New-START-Vertrag, der Obergrenzen für Atomwaffen und die Reduktion von Atomwaffen vorsieht, ausgesetzt. An jedem Tag, an dem der Krieg weitergeht, kann er zum atomaren Weltkrieg eskalieren. Der Krieg muss schnellstmöglich beendet werden. Entweder durch den Rückzug der russischen Truppen oder durch Waffenstillstand und Verhandlungen.

**Lasst uns die Atomwaffen abschaffen, bevor sie uns abschaffen!**



## Ruslan Kozaba frei

Im Friedlicht hatten wir immer wieder über die Verfolgung des ukrainischen Journalisten und Pazifisten Ruslan Kozaba berichtet. Er hatte 2015 in einem Video den Krieg in der Ost-Ukraine verurteilt und zur Kriegsdienstverweigerung aufgerufen. Er wurde wegen „Landesverrats“ und „Behinderung der Tätigkeit der Streitkräfte“ zu 3½ Jahren Gefängnis verurteilt. Amnesty International erkannte ihn als Gewissensgefangenen an. Nach einer internationalen Solidaritätskampagne wurde er nach 16 Monaten Haft freigesprochen und freigelassen. Der Freispruch wurde jedoch 2017 aufgehoben, das Verfahren wiederaufgenommen, mit immer

wieder neuen Prozessterminen auch nach Beginn des russischen Angriffs, wo ein Staat in einer solchen Lage doch Dringenderes zu tun haben sollte, als einen Pazifisten wegen einer sieben Jahre zurückliegenden Meinungsäußerung zum zweiten Mal ins Gefängnis zu bringen. Ruslan Kozaba wurde nicht nur vom Staat verfolgt. Er wurde zweimal von Rechtsextremen angegriffen und verletzt und musste sich deshalb monatelang versteckt halten. In seinem Versteck war er doppelt bedroht: von ukrainischen Faschisten auf der Straße und vom Beschuss durch russische Raketen.

Gegen die politisch motivierte Verfolgung

Ruslan Kozabas hatten wir vor ukrainischen Konsulaten in Mainz, Frankfurt, Düsseldorf und München sowie vor der Botschaft in Berlin immer wieder protestiert und auch Veranstaltungen organisiert, zuerst mit Ruslans Frau Uljana, nach seiner Freilassung auch mit ihm selbst.

Im Oktober 2022 gelang es Ruslan, die Ukraine zu verlassen. Auf seinem Weg von der Ukraine in die USA kam er durch Mainz. Was er uns berichtete, ist auf unserer Homepage nachzulesen.

## Manipulation und Repression - Russisch-Orthodoxe Kirche

Wie fast überall auf der Welt wurden auch in Russland die eigenen Fehler der Vergangenheit nicht ausreichend betrachtet. So hat die Propaganda des Putin-Regimes heute leichtes Spiel. Die Manipulation der Massen durch die Staatsmedien in Russland, die seit Jahren Unwahrheiten verbreiten, ist äußerst erfolgreich. Man arbeitete zu wenig die eigene russische Geschichte kritisch auf, beispielsweise die kommunistische Sowjet-Diktatur, und konnte nicht für die Gegenwart lernen. Der Stalinismus kostete nach Schätzungen 20 Millionen Menschen das Leben. Sie starben in Arbeitslagern oder wurden bei „Säuberungen“ hingerichtet. Trotzdem wird Stalin teils noch immer verehrt. Gewiss prägen die Jahrzehnte der Diktatur noch heute die Menschen. So berichtete eine Vertreterin des Komitees der Soldatinnenmütter aus St. Petersburg (Vereinigung zur Beratung von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren) vor circa 20 Jahren bei einem Besuch in München, dass Russland noch nicht gelernt hätte, was Rechtsstaatlichkeit bedeutet. Es gab zwar schon das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, dieses wurde jedoch kaum in Anspruch genommen. Man war es einfach nicht gewohnt, an solcherlei Rechte zu glauben, ihnen zu vertrauen und sie für sich zu nutzen, da man sie aus der Sowjetunion nicht kannte.

Kritische Medien und Nichtregierungsorganisationen wurden verboten. Morde an Journalist:innen und Regimekritiker:innen sind schon lange nichts Außergewöhnliches mehr. Eine große Rolle bei der Planung und Durchführung des Krieges ist die Propaganda in den Medien und in den Schulen, die auf fruchtbaren Boden fällt aufgrund der fehlenden kritischen Haltung gegenüber dem eigenen Land.

Nun sind Repressionen nach dem andauernden Abbau von Bürgerrechten allgegenwärtig, wo Menschen sich gegen den Krieg und das Regime stellen.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche spielt dabei eine unrühmliche Rolle. Ihr Oberhaupt, der Moskauer Patriarch Kyrill, steht an der Seite Putins. Er verschweigt, dass er wie Putin im

Kommunismus KGB-Agent war. Er vergleicht den Tod von im Kampf gestorbenen russischen Soldaten gar mit dem Tod Jesu Christi am Kreuz und verkehrt damit die christliche Lehre von Gewaltlosigkeit, Barmherzigkeit, Versöhnung und Feindesliebe in ihr Gegenteil. Kyrill sieht einen ähnlichen Werteverfall im Kommunismus wie in der westlichen Welt. Diesen Werteverfall der westlichen Welt sieht er in der liberalen Haltung gegenüber sexuellen Minderheiten, den Niedergang von Familienwerten und der Zerstörung von Familien.

Die wenigen orthodoxen Priester, die sich gegen den Krieg wenden, sind, wie alle Regimekritiker:innen, Verfolgung und Repression ausgesetzt. Doch es gibt sie. Der Priester Johannes Burdin hat zusammen mit seinem Priesterkollegen Georgi Edelstein eine Unterschriftensammlung initiiert, an der sich ca. 300 Geistliche beteiligten. Burdin predigte auch gegen den Krieg, wurde aber direkt danach von den Behörden zur Befragung vorgeladen und zu einer Geldstrafe verurteilt. Drei Jahre Haft drohen ihm bei wiederholter Kritik gegen das Regime und den Krieg. Daraufhin hat er sein Priesteramt – wie er sagt, freiwillig – niedergelegt.

Folgende Stellungnahme haben die russisch-orthodoxen Priester Burdin und Edelstein im März 2022 verfasst:

*„Brüder und Schwestern!*

*In den frühen Morgenstunden des 24. Februar haben russische Truppen die Ukraine angegriffen. Kiew, Odessa, Charkiw, Mariupol und andere ukrainische Städte sind unter Beschuss geraten. Russische Soldaten bringen ihre Brüder und Schwestern in Christus um. Wir Christen dürfen nicht zusehen, wenn ein Bruder einen Bruder tötet, wenn ein Christ einen Christen tötet. Wir sollten nicht die Verbrechen derjenigen wiederholen, die Hitlers Handeln am 1. September 1939 begrüßt haben. Wir können nicht schamhaft die Augen verschließen und Schwarz als weiß, das Böse als gut bezeichnen und sagen, dass Abel wahrscheinlich Unrecht hatte, seinen älteren Bruder zu provozieren. Das Blut der Einwohner der Ukraine wird nicht*

*nur an den Händen der Machthaber der Russischen Föderation und der Soldaten, die diesen Befehl ausführen, kleben bleiben. Ihr Blut klebt an den Händen eines jeden von uns, der diesen Krieg gebilligt oder einfach geschwiegen hat.“*

Des Weiteren wurde folgende Erklärung orthodoxer Theologen zur Lehre von der „Russischen Welt“ (Russkij Mir) verfasst:

*„Wir lehnen die Irrlehre von der „Russischen Welt“ und die schändlichen Handlungen der russischen Regierung, die mit Duldung der Russisch-Orthodoxen Kirche einen Krieg gegen die Ukraine entfesselt hat, der sich aus dieser abscheulichen und unhaltbaren Lehre ergibt, als zutiefst unorthodox, unchristlich und gegen die Menschheit gerichtet ab.“*

Als Ansatz für Frieden wäre das Christentum m. E. durchaus tauglich, denn es negiert nicht die Existenz widerstreitender Interessen oder unterschiedlicher Gruppierungen, ruft aber zu Respekt vor Andersdenkenden und Andersartigen und zu Vergebung auf.

Viele weitere Schreiben von Priestern existieren, auch als flehende Appelle an Kyrill, mit der eindringlichen Mahnung, eine unüberwindbare Kluft zwischen ukrainischen und russischen Menschen, den „Brudervölkern“, in der Zukunft zu vermeiden und die Lügenpropaganda zu beenden. Aber auch Kyrills Absetzung wegen seiner Indoktrinationsbestrebungen wird von Kirchenoberen gefordert.

Vor Lügen und Manipulation ist allerdings auch die westliche Welt keineswegs gefeit. Vor dem Angriff auf den Irak im Frühjahr 2003 wiederholte der damalige US-Präsident George W. Bush sein Mantra „There are weapons of mass destruction in Iraq“ immer und immer wieder. Außenminister Colin Powell sekundierte und bestätigte die Existenz von Massenvernichtungswaffen. Diese Lüge wurde der Rechtfertigungsgrund zum Angriff auf den Irak. Später tat Powell kund, diese Aussage sei der „Schandfleck“ seiner Karriere und „bis heute schmerzhaft“.

Während man damals in Deutschland wusste, dass ein halbes Jahr lang Lügen als Vorwand

für einen Krieg verbreitet wurden, was zu bis dahin unübertroffenen großen Protesten und anfangs zur Ablehnung einer deutschen Kriegsbeilegung führte, war die Berichterstattung in den USA eine völlig andere.

Und heute? Wer in unserem Land Friedensverhandlungen fordert, wird als verworren und unvernünftig diskreditiert.

Zweifellos kann man am Ukraine-Krieg beobachten, wie verheerend es ist, wenn Länder ihre Fehler der Vergangenheit nicht anschauen und dann Propaganda nicht durchschauen, weil Geschichte nicht aufgearbeitet wird. Eine solche Aufarbeitung findet leider weltweit viel zu selten statt und wenn, dann nur unzureichend. Bei dieser Aufarbeitung ist in (West-)Deutsch-

land allerdings wohl etwas mehr geschehen als in vielen anderen Ländern, und dies aus gutem Grund, nämlich aufgrund unserer nationalsozialistischen Vergangenheit.

vg

[jochenteuffel.com/2022/06/17](http://jochenteuffel.com/2022/06/17)

## Die Rolle der Medien im Ukraine-Krieg

„Im Krieg ist das erste Opfer die Wahrheit“, heißt es: In Russland wird nicht nur in den Staatsmedien, sondern auch in den Sphären des Internets jede Kritik an der Regierung und ihrem Kriegskurs unterdrückt. Die Ukraine kontrolliert streng die Berichterstattung von der Front und aus den Kriegsgebieten. Die Militärdoctrin der USA beschreibt die Informationssphäre als einen von sechs Bereichen, in denen sie „Full Spectrum Dominance“ erreichen möchte. Das heißt im Klartext, die Kontrolle über die Darstellung militärisch relevanter Sachverhalte in den Medien zu erlangen. Und wie sieht die Situation in Deutschland aus? Formell sind wir nicht im Kriegszustand, doch es gibt Versuche der Einflussnahme. Russische Cyber-Trolls versuchen, ihnen genehme Informationen in sozialen Netzwerken und Internetportalen zu verbreiten, während westliche Geheimdienste strategisch planen, welche Informationen sie den Medien zuspähen. Was für Auswirkungen hat das? Gibt es Tendenzen in der Berichterstattung über den Ukraine-Krieg? Lassen sich Merkmale der Propaganda feststellen?

### Befürwortung von Waffenlieferungen

Ein vom Otto-Brenner-Institut beauftragter quantitativer Forschungsbericht der Johannes-Gutenberg-Universität fasste Ende Januar Erkenntnisse zu diesbezüglichen Entwicklungen in den ersten Kriegsmonaten zusammen. Interessanterweise waren die untersuchten Berichte in diesem Zeitraum durchaus regierungskritisch, jedoch fast immer mit der Stoßrichtung, die Waffenlieferungen kämen zu zögerlich. Von fünf verschiedenen möglichen Vorgehensweisen erhielten diplomatische Verhandlungen die geringste Zustimmung. Besonders deutlich und direkt im Zusammenhang mit konkreten Entscheidungen wird diese Tendenz bei der zeitlichen Aufschlüsselung positiver und negativer Bewertungen für Bundeskanzler Scholz sichtbar. Dieser hatte zu Beginn der russischen Invasion eine „Zeitenwende“ mit 100 Milliarden „Sondervermögen“ für die Bundeswehr angekündigt und damit in den Medien eine glänzende Figur abgegeben. Anschließend sank dort jedoch sein Standing, weil er weniger Waffenlieferungen als andere führende Politiker befürwortete und immer mehr als „zögerlich“ abgestempelt wurde. Den Tiefpunkt erreichte er Mitte April, als die meisten anderen Politiker

sich bereits für die Lieferung schwerer Waffen in die Ukraine ausgesprochen hatten. Als er Anfang Mai nachgab und ebenfalls zustimmte, schnellten seine Werte vorübergehend in die Höhe, ohne dass er das Stigma als Zauderer dauerhaft ablegen konnte.

### Widersprüchliche Berichterstattung

Ein weiteres Phänomen war die widersprüchliche und irreführende Berichterstattung bei zentralen Ereignissen des vergangenen Kriegsjahres. Als im Sommer das Kernkraftwerk Saporischschja beschossen wurde, beschuldigten sich beide Seiten gegenseitig, dafür verantwortlich zu sein. Allerdings war das AKW durch russische Truppen besetzt und die Plausibilität eines Selbstbeschusses vergleichsweise gering. Vermutlich um den Eindruck zu vermeiden, dass die ukrainische Armee (möglicherweise mit westlichen Waffen) einen Atomunfall riskierte, meldete beispielsweise die Tagesschau am 13.8. paradoxerweise, russische Truppen hätten „das Gelände des Atomkraftwerks unter Feuer genommen“, gleichzeitig jedoch, sie „benutzten das Atomkraftwerk als Schutzschild, während sie die Ortschaften auf der anderen Seite des Dnjepr beschossen“.

Auch die Berichterstattung zu den Anschlägen auf die „Nordstream“-Pipelines Ende September trug wenig Erhellendes bei. Zunächst urteilten die befragten Experten und zuständigen Kommentatoren beinahe einhellig, nur staatliche Akteure könnten solche Anschläge begehen, um im weiteren Verlauf der Analyse Russland als wahrscheinlichen Täter darzustellen – obwohl Russland einer der Hauptgeschädigten war. Als die Ermittlungen stockten, ließ das Medieninteresse für Nordstream stark nach. Im Februar erschien dann ein detaillierter und konkreter Bericht des US-amerikanischen Pulitzer-Preisträgers Seymour Hersh, wie die amerikanische Regierung und der CIA die Sprengung geplant und durchgeführt hätten. Diese Deutung war (ob wahr oder nicht) untragbar, denn Zweifel an der Freundschaft der USA hätten dem Image der NATO massiv geschadet. Nun warteten die ARD und die Zeit mit einer anderen, ebenfalls detaillierten und konkreten Version auf. Sechs Personen hätten den Anschlag auf eigene Faust mit einer kleinen Yacht durchgeführt, hieß es. Das widersprach jedoch den ursprünglichen Aussagen: Gab es jetzt eine staatliche Beteiligung oder nicht? In

dem folgenden vielstimmigen Medienecho war die Version, dass es der CIA gewesen sein könne, nur noch eine von vielen.

### Elemente der Propaganda

Die Bundeszentrale für politische Bildung nennt auf ihrer Website neun bekannte „Methoden der Kriegspropaganda“. Für einige davon finden sich auch in den deutschen Medien Beispiele. Die erste und fraglos wichtigste Technik ist die „Angsterzeugung“: Eine Bevölkerung, die sich nicht bedroht fühlt, lehnt die Verwicklung in einen Krieg ab. Dies ist der Grund, warum die russische Staatspropaganda regelmäßig von einer Bedrohung Russlands durch die NATO spricht und in westlichen Medien argumentiert wird, Putin plane nach einer potenziellen Eroberung der Ukraine weitere Angriffe auf andere europäische Staaten. Unter diesen Punkt fällt auch die Dämonisierung des Feindes durch Faschismus- und Hitler-Vergleiche. Im Bereich „sprachliche Verzerrung“ wird der Gegner mit negativen „Black Words“ („Unterdrückung“, „Regime“, das „Böse“) belegt, die eigene (oder in diesem Fall die ukrainische Seite) dagegen mit positiven „White Words“ wie „Freiheit“, „Demokratie“ usw. beschrieben. Beim „Mitläuferfang“ kommt es darauf an, die eigene Position als Mehrheitsmeinung darzustellen, da Menschen instinktiv vor einer Ausgrenzung als Minderheit zurückschrecken. Derartige Situationen gab es im deutschen Fernsehen in Talkshows, in denen einzelne Gegner von Waffenlieferungen drei oder vier Befürwortern gegenüberstanden, die gelegentlich auch vom Moderator unterstützt wurden, wie beispielsweise in der Sendung „Markus Lanz“ vom 2.6.22 mit der Politologin Ulrike Guérot. Die „Ästhetisierung“ ist eine bekannte Begleiterscheinung moderner Kriege und macht auch vor dem Thema Ukraine-Krieg nicht halt: Militärs erhalten Gelegenheit, Waffentechnik salonfähig zu machen, und Experten erläutern der Öffentlichkeit die Vorzüge hochentwickelter Tötungsgeräte. Auch der Punkt „Empfindungssteuerung“ verdient Beachtung: Dies ist eine Technik, auf unerwünschte Vorgänge so zu reagieren, dass die Diskussion in eine andere Richtung gelenkt wird. Unter Umständen ist der Umgang mit der Nordstream-Affäre ein Beispiel dafür.

Jan Menning

## Internet

DFG-VK Mainz: [www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

DFG-VK Hessen: [www.dfg-vk-hessen.de](http://www.dfg-vk-hessen.de)

DFG-VK Rheinland-Pfalz: [www.dfg-vk-rlp.de](http://www.dfg-vk-rlp.de)

[www.facebook.com/DFGVKRheinlandPfalzundHessen](https://www.facebook.com/DFGVKRheinlandPfalzundHessen)

DFG-VK bundesweit: [www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de)

War Resisters' International: [www.wri-irg.org](http://www.wri-irg.org)

## Beratung

für ausländische Kriegsdienstverweiger:innen, Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteur:innen

Connection e.V.,

Von-Behring-Str. 110, 63075 Offenbach

Tel. 069 82 37 55 34, Fax 069 82 37 55 35,

[office@Connection-eV.de](mailto:office@Connection-eV.de)

[www.Connection-eV.de](http://www.Connection-eV.de)

## Beratung für US-Militärangehörige

Military Counseling Network

[Gi-cafe-germany@gmx.net](mailto:Gi-cafe-germany@gmx.net)

## Radiosendung "Pazifissimus"

der DFG-VK Mainz-Wiesbaden, an jedem zweiten Mittwoch von 18 bis 19 Uhr (in ungeraden Kalenderwochen) im Rahmen des Programms von Radio Quer im

Wiesbadener Lokalradio auf 92,5 MHz.

Digitalradio: DAB+ Kanal 12C - im ersten und dritten Quartal,

übers Internet: [www.radio-rheinwelle.de](http://www.radio-rheinwelle.de)

## Steig Aus! Уходи!

Information für Kriegsdienstpflichtige und unzufriedene Soldaten aus Russland, Belarus und der Ukraine

Информация для призывников и недовольных солдат России / Беларуси / Украины

Beratungs-Hotline von Connection e.V. erreichbar über [get.out.2022@gmx.de](mailto:get.out.2022@gmx.de) und Tel. +49 157 824 702 51: in Russisch, Englisch und Deutsch. Mehr dazu: [de.Connection-eV.org/get.out.2022](http://de.Connection-eV.org/get.out.2022).

## DFG-VK bei der

### Mainzer Minipressen-Messe

Die Zivilcourage, die bundesweite Zeitschrift der DFG-VK, und das Friedlicht beteiligen sich auch 2023 an der Mainzer Minipressen-Messe, der Buchmesse der Kleinverlage vom 18. bis 21. Mai 2023. Donnerstag 14-19 Uhr, Freitag 14-19 Uhr, Samstag 10-19 Uhr, Sonntag 10-17:30 Uhr. Wir laden ein zum Besuch unseres Messestands und unserer Lesungen im Marathonlesungsprogramm. Details: [www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

## Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Sektion der War Resisters' International (WRI)

## Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz

Landesverband Hessen, Landesverband Rheinland-Pfalz & DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.:

Wittelsbacherallee 27, 60316 Frankfurt.

Tel. 0 69 43 14 40

[www.dfg-vk-hessen.de](mailto:www.dfg-vk-hessen.de), [dfgvkessen@t-online.de](mailto:dfgvkessen@t-online.de)

Ahr-Rhein-Eifel: c/o Wolfgang Huste (Antiquariat Huste),

Telegrafienstraße 16, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Tel. 0 26 41 8 29 05 28, [whuste@aol.com](mailto:whuste@aol.com)

Aschaffenburg: (das liegt zwar in Bayern, zählt aber DFG-

VK-mäßig zu Hessen) c/o Gunnar Schedel (Alibri Verlag),

Hangstr. 3, 63768 Hösbach.

Tel.: 0 60 21 626 25 60, [verlag@alibri.de](mailto:verlag@alibri.de)

Bad Kreuznach: c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 12,

55543 Bad Kreuznach. [juergenlocher@superkabel.de](mailto:juergenlocher@superkabel.de),

Tel. 06 71 628 78

Darmstadt: Bessunger Knabenschule,

Ludwigshöhstr. 42, 64291 Darmstadt.

[DFGVKDarmstadt@aol.com](mailto:DFGVKDarmstadt@aol.com),

[www.dfg-vk-darmstadt.de](http://www.dfg-vk-darmstadt.de)

Gruppentreffen: dienstags 20.00 Uhr

Frankfurt: Wittelsbacherallee 27, 60316 Frankfurt.

Tel. 0 69 498 03 94, [dfgvkffm@t-online.de](mailto:dfgvkffm@t-online.de)

Pazifistischer Ratschlag: unregelmäßig ca. einmal im

Monat. Genauen Termin bitte erfragen. Kriegsdienstver-

weigerungsberatung nach Vereinbarung

Friedberg: c/o Bernd Baier, Vorstadt zum Garten 4,

61169 Friedberg. [dfgvk-friedberg@web.de](mailto:dfgvk-friedberg@web.de)

Kassel: Annenstr. 11, 34119 Kassel.

Tel. 05 61 89 30 27, [kassel@dfg-vk.de](mailto:kassel@dfg-vk.de)

Lahn-Dill: c/o Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar.

Tel. 0 64 41254 62, [mo-wz@gaaa.org](mailto:mo-wz@gaaa.org)

Mainz-Wiesbaden: c/o Bürogemeinschaft,

Walpodenstraße 10, 55116 Mainz.

Gruppentreffen: 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat,

19.30 h, [dfgvkmz@web.de](mailto:dfgvkmz@web.de), [www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

Radiosendung: Pazifissimus - Mittwochs in ungeraden

Kalenderwochen 18 bis 19 Uhr im Wiesbadener Lokalradio

auf 92,5 MHz.

Marburg: c/o Rüdiger Bröhl, Friedensplatz 4,

35037 Marburg. [marburg@dfg-vk.de](mailto:marburg@dfg-vk.de)

Offenbach: c/o Franz Nadler, Riethgasse 4,

63075 Offenbach. Tel. + Fax: 0 69 81 51 28,

[office@Connection-eV.de](mailto:office@Connection-eV.de)

Pfalz: c/o Bettina Seckler, Künstlerkolonie 10,

67471 Elmstein. Tel. 0 63 28 98 99 07,

[dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de](mailto:dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de)

Trier: c/o Friedens- & Umweltzentrum, Pflützenstr.1,

54290 Trier. [trier@dfg-vk.de](mailto:trier@dfg-vk.de)

Westpfalz: [klawir@web.de](mailto:klawir@web.de)

Wiesbaden: siehe Gruppe Mainz-Wiesbaden

## Bertha-von-Suttner-Friedenspreis für die Jugend 2023

[www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/bvs-friedenspreis-2023](http://www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/bvs-friedenspreis-2023)

Wettbewerb zum Thema „Die Waffen nieder“: Gruppen von hessischen Schülerinnen und Schülern ab drei Personen sind eingeladen bis 9. Mai 2023 Arbeiten zum Thema einzureichen. Dies können z.B. sein: Videos, Kunstwerke, Unterrichtseinheiten, Projekte, Songs, Texte ... Erster Preis ist eine friedenspolitische Studien-

fahrt, und es gibt Büchergutscheine zu gewinnen.

Kontakt und Einsendungen: Tony C. Schwarz, [tony.schwarz@gew-bergstrasse.de](mailto:tony.schwarz@gew-bergstrasse.de).

GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt

Preisverleihung: **Mo. 12.6.2023, 16 Uhr,**

**Haus am Dom, Frankfurt, Domplatz 3**

## Solidarität mit den Gefangenen für den Frieden!

Zum Internationalen Tag der Gefangenen für den Frieden am 1. Dezember bittet die War Resisters' International (WRI, Internationale der Kriegsdienstgegner:innen) alljährlich seit 1956 um Solidarität mit Menschen, die weltweit wegen ihrer Kriegsdienstverweigerung oder ihres Engagements für Frieden inhaftiert sind.

Ihre Namen und Gefängnisadressen werden in der Liste der Gefangenen für den Frieden veröffentlicht: [www.wri-irg.org](http://www.wri-irg.org)

Die WRI ruft dazu auf, den Gefangenen Kar-

tengrüße als Zeichen der Solidarität und der Ermutigung in die Haft zu schicken. Selbst wenn die Karten die Adressat:innen nicht erreichen sollten, machen sie deutlich, dass die Gefangenen nicht vergessen sind, was sich auf die Haftbedingungen günstig auswirken kann.

Wir schreiben und verschicken die Karten mit netten Leuten, mit Live-Musik, Filmen und Bildern, Speis und Trank am

**Samstag, 9. Dezember 2023, 14 Uhr, Julius-Lehlbach-Haus, Kaiserstraße 26-30, Mainz**

## Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

### Gruppe Mainz-Wiesbaden

c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, 55116 Mainz

Treffen am 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat 19:30 Uhr

Konto 4 006 161 741, GLS-Bank, BLZ 430 609 67

IBAN: DE05 4306 0967 4006 1617 41, BIC: GENODEM1GLS

[dfgvkmz@web.de](mailto:dfgvkmz@web.de)

[www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

Informationen der DFG-VK sind oft erhältlich im Cardabela-Buchladen, Frauenlobstr. 40, Mainz

ViSaP: H. Gewehr, DFG-VK, Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, Mainz - April 2023

